

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 1.40 M., viertel. 4.20 M. Durch die Post monatlich 1.75 M., viertel. 5.25 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnnummer 10 S.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11, Bernstr. Nr. 50/51, 50/52, 50/57. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 40 S., Restland 2.— M.; außerhalb 50 S., Restland 2.50 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 534

Samstag, 15. November 1919.

73. Jahrgang

### Sturm im Untersuchungsausschuss.

In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses kam es nach der Rede des Staatssekretärs Dr. Helfferich zu einer großen härmischen Szene. Helfferich hatte auf eine Rede Bezug genommen, die Dr. David bei der Revolutionsfeier am Sonntag in Berlin gehalten hatte. Dr. David erhob sich darauf und verlas seine Rede. Im Anschluss daran warf er der Reichsregierung des Jahres 1916/17 vor, sie hätte das deutsche Volk, den Deutschen Reichstag an der Spitze, hinter das Licht geführt! Man hätte die Friedensvermittlung eines neutralen Staates von dem wir hier zum ersten Male hören, sowie die Vermittlung Wilsons durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg durchkreuzt.

In höchster Erregung erhebt sich der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und weist diesen Vorwurf zurück. Er verlangt, daß der Ausschuss dazu Stellung nehmen soll, er wäre nicht Angeklagter, sondern Zeuge. (Großer Lärm im Saale.)

Dr. David erhebt sich nochmals. Er habe Bethmann Hollweg nicht persönlich angeklagt. Die damalige Reichsleitung sei zwiespältig und gegeneinander arbeitend gewesen. Hinter das Licht geführt habe Zimmermann den Reichstag.

Ein neuer Sturm bricht los, in dem alle Versuche des Vorsitzenden Wilmanns, Ruhe zu schaffen, scheitern. Immer neue erregte Szenen spielen sich ab, an denen sich nun auch Helfferich beteiligt. Endlich entschließt sich der Vorsitzende, den Ausschuss abzufordern und über seine Stellungnahme zu befragen.

Der Ausschuss zieht sich zu längerer Beratung zurück. Als Ergebnis verkündet der Vorsitzende folgende einstimmig angenommene Erklärung:

Der Untersuchungsausschuss ist nach der Verfassung ein selbständiges Organ zur Untersuchung von Taten. Die endgültige Feststellung des Ergebnisses seiner Untersuchungen kann erst nach der Erschöpfung des Beweismaterials erfolgen. Werturteile von Nichtmitgliedern des Ausschusses sind deshalb für den Ausschuss nicht maßgebend. Soweit die Form der Ausführungen zu Beanstandungen Anlass gab, wurde sie von dem Vorsitzenden gerügt und wird gegebenenfalls weiter gerügt werden.

### Fortsetzung der Aussagen Helfferichs.

W. Berlin, 14. Nov. In der heutigen Verhandlung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss sagte Dr. Helfferich auseinander, warum er seine Meinung über den U-Bootkrieg geändert habe und sich schließlich für den U-Bootkrieg im Januar 1917 aussprach. Die Versorgungszustände Englands seien infolge der ungünstigen Ernte schlechter geworden. Das Wort von der Welt hungernot kam damals auf. Die Preise stiegen rapid. Trotzdem England die höchsten Preise bewilligte, ging seine Zufuhr immer weiter zurück und die Folge des U-Bootkrieges trafen sie mit der größten Wahrscheinlichkeit in Aussicht, daß die Erfolgsrechnung des Admiralsstabes noch übertraffen würde. Nach der englischen Statistik war bereits die englische Schifffahrt um 45 Proz. erdrosselt und man konnte vom unbeschränkten U-Bootkrieg erwarten, England noch fühlbarer an der Wurzel seiner Wirtschaft zu fassen. Als Bethmann mir am 12. Jan. die am 9. Jan. in Vich gefallene Entscheidung bezüglich des U-Bootkrieges überreichte, war ich auf das Tiefste erschüttert, denn ich hielt sie in diesem Augenblick, da mir die Friedensfrage noch nicht abgeschlossen erschien, für einen Fehler.

Mein erster Gedanke war, durch Rücktritt von meinem Amte meine Mitverantwortung für diese Entscheidung abzulehnen. Ich hatte mir die Frage vorzulegen, ob ich jetzt den beschlossenen U-Bootkrieg in den Augen der Bundesgenossen und des eigenen Volkes vor unsern Feinden durch meinen Rücktritt diskreditieren sollte, eine Demission, die überflüssig ganz nutzlos gewesen wäre. Ich wäre mir als Verstoßener vorgekommen, hätte ich so gehandelt. Ich hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mittellos den Leuten überlasse, die hier in diesem Hause am 17. Juli der Kriegserklärung in den Rücken gefallen sind. (Große Unruhe bei den Ausschussmitgliedern.)

Der Vorsitzende weist diese Äußerung entschieden zurück. Helfferich fährt fort: Die Entscheidung war also gefallen es blieb nur die Wahl, uns schrittweise zu unterwerfen, oder das Letzte zu wagen: Einen erfolglosen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Christos aber kann das deutsche Volk nicht werden. Ich will mich weder hier noch vor einer anderen Instanz darauf berufen, daß ich am 9. Jan. der Entscheidung über den U-Bootkrieg widerraten wollte. Ich übernehme vielmehr dafür die moralische und politische Mitverantwortung. Die weiteren Ereignisse bestätigten die Richtigkeit meiner Auffassung über Amerika.

Obwohl haben wir auch den letzten Versuch vom 9. Jan. nicht unangenehm gelassen. So erklärt sich unser Telegramm nach Amerika vom 29. Jan., daß „in keinem nachfolgenden Gefährte hat. Wilson besteht die übermütigsten nachteiligen deutschen Friedensbedingungen streng für sich, so daß wir der Welt weiterhin als Kriegsverlängerer, Konzeptionisten und Vandalenschlucker galten.

In seinen weiteren Darlegungen kam Helfferich dann noch auf die Wirkungen des Unterseebootkrieges, insbesondere auf England, zu sprechen, das arbeitslose Maßnahmen zur Regelung seiner Produktion einleitete. Er habe stets den Gedanken zurückgewiesen, daß der Unterseebootkrieg in wenigen Monaten zum Erliegen führen müsse, und in bewußtem Geächse zu der Festsetzung von Terminen noch am 31. Januar 1917 den Satz hinausküßte, daß Garantien natürlich nicht übernommen werden könnten. Zum Beweis dafür, daß er im Reichstag immer auf Englands Fähigkeit hinwies, verließ der Redner Stellen aus seiner Reichstagsreden und fährt fort: Es war ja alles in den Wind gesprochen, weil die Leute, die heute von Versuchen sprechen, damals nicht hören wollten. Dabei wirkte der Unterseebootkrieg fühlbar, entsetzte unser Meer und trug dazu bei, die Abwehr der feindlichen Offensiven möglich zu machen. Aber auch die stärkste Waffe wird stumpf, wenn der Glaube an sie bei Freund und Feind zerbröckelt wird. Warum kam der Unterseebootkrieg nicht zur Entwicklung? Warum führte er nicht zum Ziele? Weil die Unterseebootflotte von innen heraus kumpf gemacht wurde. Damit sind die Befundungen Helfferichs beendet.

Es folgte dann eine härmische Auseinandersetzung zwischen David, Helfferich und Bethmann, die wir weiter unten bringen.

Zum Schluß der Sitzung wurde die Frage der amerikanischen Munitionslieferungen erörtert. Helfferich bekundete, die amerikanischen Interessen seien so eng mit denen der Entente verbunden gewesen, daß Wilson nicht habe einschreiten wollen.

Bernstorff wies darauf hin, daß mit der persönlichen Stellungnahme Wilsons die Friedensfrage noch nicht erledigt war. Denn bei der Wahl sei ihm das Mandat erteilt worden, daß man von ihm den Frieden erwarte, und daß er den Frieden auch wieder herstelle. Es handelte sich für uns nicht darum, ob Wilson amerikkana war oder nicht, sondern darum, daß das amerikkana Volk den Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens ausgesprochen hatte.

Helfferich erklärte sich mit den Ausführungen Bernstorffs einverstanden, denn sie bekräftigten ihm, daß Wilson von der amerikanischen Geschäftswelt und der öffentlichen Meinung getrieben worden sei. Helfferich wies jedoch auf die Note Lansing vom 18. Januar hin, die verlangte, daß die deutschen Unterseeboote sich auf den Kreuzerriegel beschränken sollten, und daß dafür Sonderlizenzen nicht mehr bewilligt werden sollten. Dieser Vorschlag hätte, wenn er ausgeführt worden wäre, uns den Frieden nach 1916 gebracht. Ich erwann aber die Ueberzeugung, daß Wilson und Lansing nicht immer sehr intim zusammenarbeiteten. Nach dem Abgabe der Lansing'schen Note versuchten Wilsons enalische Freunde, ein Geächse zu schaffen und benutzten dazu die Rufstimme in der Lusitania-Kraae. Man verlangte plötzlich von uns, wir sollten die Unachtsamkeit der Versenkungen anerkennen, sonst wäre der Kriegsausschuss geendet. Meiner Meinung nach würde der Lusitania-Nachricht in diesem Augenblick wieder aufgenommen, um die amerikkana Note wieder zurückziehen zu können. Ich bin fest überzeugt, daß Lansing den Lusitania-Nachricht mit Absicht in der Schwebe ließ, um ihn nach Belieben jeden Augenblick wieder hervorholen zu können. Wäre Wilson auf den Boden des Lansing'schen Vorschlages getreten, Millionen von Menschen wäre das Leben gespart worden. Hierauf wurde die Weiterverhandlung auf Samstag vertagt.

### Das neue Waffenstillstandsprotokoll.

W. Paris, 14. Nov. Nur den 17. November erwartet man die Ankunft der deutschen Delegationen, die mit der Unterzeichnung des Protokolls über die Ausführung des Waffenstillstandes beauftragt sind. Die Delegation wird geführt von dem Bevollmächtigten v. Simons. Herr v. Persner wird ihr ebenfalls angeschlossen. Der Delegation sind auch Hochleute beizugehen.

### Die Politik Frankreichs und Englands.

W. Paris, 14. Nov. (Savos.) „La Presse de Paris“ hebt die Bedeutung der Botschaften hervor, die Wilson in London mit den enalischen Regierungsmitgliedern hatte. Das Blatt fügt hinzu, daß die wichtigsten der in die Beratung eingebrachten Fragen folgende sind:

1. Die Frage der Ratifizierung des Friedensvertrages im amerikkana Senats, die man letzten Endes als nicht zweifelhaft betrachtet.

2. Die Politik der Alliierten in Rußland. Weder Frankreich noch England werden neue Opfer bringen, um die übrigen noch für mehrere Monate verbleibenden Reaktionen, welche gegen die Bolschewiken kämpfen, zu versorgen. Daher werden diese beiden Mächte keine Schritte unternehmen, um Unterhandlungen einzuleiten, die geeignet wären, den Bolschewismus zu stärken.

3. Die Haltung der Alliierten gegenüber der Türkei. Die gemeinsame Politik Frankreichs und Englands acht darin, alle nichttürkischen Geenden von der türkischen Herrschaft zu befreien. Die gegenwärtige Tendenz ist die, dem gegenwärtigen Sultan wahrscheinlich Konstantinopel zu belassen, wobei die osmanische Regierung einer wirksamen und sofortigen Kontrolle unterstellt wird, um eine lebensfähige Macht darzustellen, die jedoch außerhalb ist, ihre Nachbarn und ihre türkischen Untertanen zu schädigen. Bei allen Problemen, die besprochen wurden, wurde eine vollständige Uebereinstimmung der besprochen Punkte zwischen den beiden Regierungen festgestellt.

### Weitere Hindenburg-Kundgebungen.

Gestern kam es in Berlin im Anschluss an Demonstrationen für den Generalfeldmarschall von Hindenburg an Kundgebungen gegen die Regierung und den Untersuchungsausschuss. Bereits morgens 9 Uhr hatten sich vor der Universität etwa drei- bis vierhundert Studenten mit schwarz-weiß-roten Bannern versammelt. In kleinen Trupps zogen sie von der Hochschule nach dem Tiergarten. Hier vereinigten sich die Studenten mit Schülern und Schulfrauen. Kurz vor 10 Uhr war eine Menschenmenge von acht- bis zehntausend Köpfen versammelt. Um 10 Uhr kam das Auto des Generalfeldmarschalls um zum Reichstag zu fahren. Die Menge verperrte die Straße und hielt den Kraftwagen an. Hochrufe auf Hindenburg ertönten, in die sich Rufe wie „Nieder mit der Revolution!“ mischten. Hindenburg beugte sich aus dem Wagen, dankte für den freundlichen Empfang und bat, die Straße freizugeben, da er zum Untersuchungsausschuss fahren müsse. In diesem Augenblick schwang sich ein Student auf das Trittbrett und rief: „Straße verperrern! Wir lassen Hindenburg nicht vom dem Untersuchungsausschuss aussteigen!“ Hindenburg protestierte, wie man deutlich erkennen konnte, vermochte sich jedoch in dem riesigen Lärm kein Gehör zu verschaffen. Als bald schwenkten auch etwa achthundert bis tausend von den Demonstranten quer durch den Tiergarten nach dem Reichstag ab und nahmen dort Aufstellung. Inzwischen umlagerte die Menge noch immer den Kraftwagen, so daß das Auto nur schrittweise vorwärts kommen konnte. Ein Gefolge ging der Frau nach den Zelten. Vor dem früheren „Kaiser-Wilhelm-Zelt“, dem jetzigen „Wilhelm-Zelt“, wurde der Kraftwagen wieder angehalten. Ein Student deutete auf das Zelt, dessen ursprünglicher Name verdeckt ist und rief: „Brüder, eine solche Schmach lassen wir als Deutsche nicht gelten! Für uns gibt es noch immer nur das Kaiserreich. Wir wollen nicht dulden, daß der Name unser Kaiser hier verhandelt wird!“ Darauf sprangen mehrere junge Leute auf den Haun und entfernten die Umhüllung. Vor dem Reichstag wurde der Kraftwagen des Feldmarschalls von der durch den Tiergarten herangefommenen Gruppe in Empfang genommen. Ein Student hielt eine Rede an den Generalfeldmarschall, in der er erklärte, daß man um keinen Preis Deutschlands größten Heldentum lassen dürfe. In diesem Sinne forderte er die Umstehenden auf, alles zu tun, um zu verhindern, daß Hindenburg den Ausschuss betrete. Er schloß ebenfalls mit einem Hoch auf des Kaisertum und Wilhelm II. Dem Feldmarschall blieb schließlich nichts übrig, als dem Gausseur Auftrag zu geben, ab zu hängen. Er lehnte sich aus dem Fenster und rief der Menge zu: „Ich danke Ihnen für Ihre Guldigung, aber jetzt muß ich nach Hause, ich habe zu arbeiten!“ Während der Kraftwagen sich entfernte, zerstreute sich die Menge.

### Die Bahnsperre bleibt.

Wenige Stunden nachdem gestern das Reichsverkehrsministerium bekanntgemacht hatte, daß die Bahnsperre im unbesetzten Deutschland am 15. November in Gude gehe, erließ das Eisenbahnverkehrsamt Frankfurt a. M. folgende Mitteilung:

„Die am 3. November angeordneten Zugbeschränkungen bleiben bis auf weiteres bestehen.“

Weiteres ist vorerst nicht bekannt. Es ist unerhört, wie man von amtlicher Seite diese Maßnahme, die in nachhaltiger Weise in das Wirtschaftsleben eingreift, handhabt. Es scheint, daß man an amtlichen Stellen den Kopf verloren hat. Jedenfalls beweist die angeordnete risikolose Verlängerung, daß sich die Erwartungen, die man an die Entente geknüpft, bis jetzt nicht erfüllt haben. Der Streit ist von neuem ausgebrochen, ob die Kohlenkrise eine Folge der Transportnot oder eine Folge der mangelnden Kohlenförderung ist. Die zuständigen Stellen schieben sich, wie üblich, die Verantwortung zu.

### Die Eisenbahndirektion Mainz teilt mit:

Zur Behebung der Schwierigkeiten in der Kohlen- und Kartoffelversorgung kann im unbesetzten Gebiete auch noch dem Ablauf der Verkehrsperre vom 5. bis 15. November der allgemeine Personenverkehr nur in ganz beschränktem Umfang wieder aufgenommen werden.

Schnellzüge werden zunächst nur je einer in jeder Richtung auf den Hauptlinien befördert werden. Hierfür werden nur Fahrkarten über 200 Kilometer Entfernung ausgeben. In Personenzügen werden nur die in erster Linie für den Arbeiter- und Berufsverkehr notwendigen Räume abfahren werden. Der Fernpersonnenverkehr kann bis auf weiteres noch nicht bedient werden.

Um einer etwaigen Ueberlastung einzelner Personenzüge vorzubeugen, behält sich die Eisenbahndirektion Einschränkungsmaßnahmen in der Ausgabe von Fahrkarten vor. Die Karte, die ab Montag, 17. November, auf den einzelnen Strecken des unbesetzten Gebiets zur Beförderung kommen, werden durch besonderen Ausschuss auf den Stationen bekanntgegeben.

Nähere Auskunft erteilen auch die Stationen und Fahrkartenausgabenstellen.

### Bulgarien wird unterzeichnen.

W. Paris, 15. Nov. Gestern wurde den Blättern zufolge dem Sekretariat der Friedenskonferenz eine von Sarajoff unterzeichnete bulgarische Note überreicht, die bekannt gibt, daß Bulgarien bereit ist, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

